



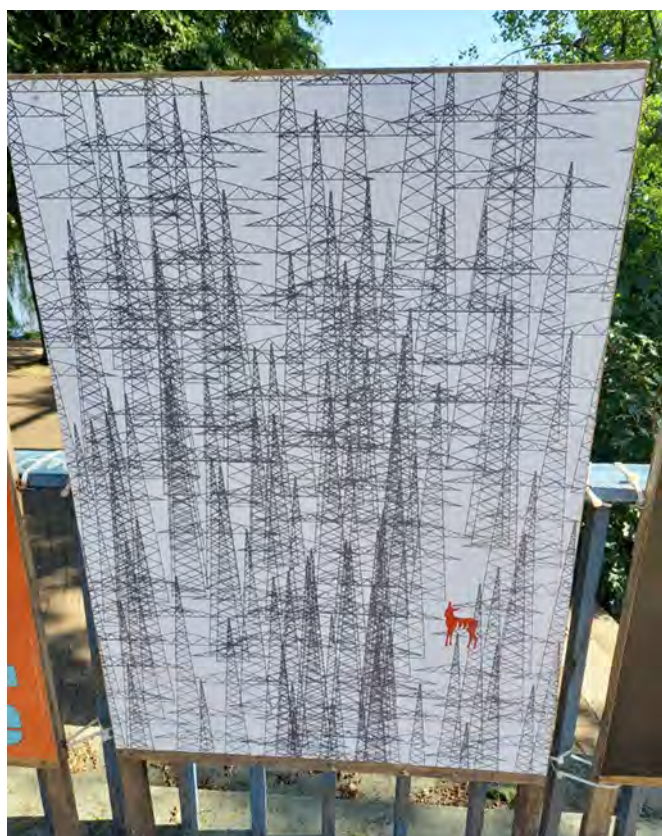
Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

Bürger:innenbrief

19. Juli 2023

Trauer um Sabine Wils +++ Volksinitiative G9 am Gymnasium +++ Verkehr & Stadtentwicklung +++ Vergesellschaftung ist machbar +++ Flüchtlingspolitik +++ Kinder- und Jugendnotdienst +++ Plakatausstellung am Straßenrand



Internationale Plakatserie »Anfachen«, derzeit zu sehen an verschiedenen Orten in Hamburg (mehr dazu im Kulturtipps am Ende dieser Ausgabe)

Liebe Leserinnen und Leser,

Sommerzeit = Urlaubszeit, Zeit ohne schlechte Nachrichten? Mitnichten. Der Ukrainekrieg geht mit dem Einsatz von weithin geächteten Streubomben in die nächste Eskalationsrunde; mittlerweile weltweit 110 Millionen Menschen sind vor Kriegen, Armut und Elend geflohen, so viele wie noch nie; Hitzewellen, Trockenheit und Dürren schon im Mai und Juni in Gebieten, wo es nicht erwartet wurde, lassen uns immer besorgter in die Zukunft blicken. Und dann dies: Eine Umfrage hat ergeben, dass die Hälfte der jungen Männer zwischen 18 und 35 Jahren offenbar einem sehr traditionellen Rollenverständnis anhängt, ein Drittel soll es gar okay fin-

den, die eigene Frau zu schlagen. Ein Rollback? Andere Umfragen ergeben für die männerdominierte AfD einen Wähler:innenanteil von bis zu 20 Prozent. Puh, und das bei nur 4 bis 5 Prozent für DIE LINKE.

Die Herausforderungen für unsere Gesellschaft werden leider weder kleiner noch leichter, ganz im Gegenteil. Dafür brauchen wir eine sichtbare, wahrnehmbare linke Politik, die sich nicht um sich selbst dreht, sondern Lösungen bietet für die drängenden Probleme. Im Kleinen sind wir in Hamburg damit schon auf dem letzten Landesparteitag angefangen, der sich sehr konstruktiv mit dem Programm für die

Bezirksversammlungen im kommenden Jahr auseinandergesetzt hat: Soziales, Klima, Wohnen, Verkehr, Gesundheit, Wirtschaft und vieles mehr aus linker Sicht werden dabei im Mittelpunkt stehen.

Für die kommenden Sommerwochen empfehlen wir einen kühlen Platz daheim oder in der Ferne und – ja – vielleicht auch mal ein Eis. Auch wenn das erheblich teurer geworden

ist und eine Kugel oft schon die 2-Euro-Grenze überschritten hat. In diesem Sinne wünschen wir allen Leserinnen und Lesern eine angenehme Sommerzeit und melden uns mit der nächsten Ausgabe im September zurück.

Heike Sudmann und Sabine Boeddinghaus
Hanno Plass und Michael Joho

Wir trauern um Sabine Wils

Nachruf der Hamburger Landesorganisation der Partei DIE LINKE vom 1. Juli



Sabine Wils, 1959–2023 (Fotos: DIE LINKE Hamburg)

Am 18. Juni 2023 verstarb unsere Genossin Sabine Wils nach langer schwerer Krankheit im Alter von nur 64 Jahren. DIE LINKE, Hamburg hat ihr viel zu verdanken. Sie war Hamburger Landesvorsitzende und für uns als Abgeordnete im Europaparlament. Während ihres Studiums wurde sie politisch aktiv und wurde im MSB Spartakus und in der DKP tätig. Nach dem Studium wohnte sie in Eimsbüttel und wurde Vorsitzende der DKP-Wohngebietsgruppe Schlump. Später zog sie nach Langenhorn und wurde dort aktiv. In den Neunzigerjahren wurde sie in der PDS aktiv. Als Gewerkschafterin war sie vor allem in der »AG betrieb & gewerkschaft« tätig, deren Landes- und Bundessprecherin sie wurde. In ihrem Betrieb, der Hamburger Umweltbehörde, wurde sie mehrfach zur Personalratsvorsitzenden gewählt.

Im Jahre 2009 wurde sie auf Platz zwei unserer Bundesliste in das Europaparlament gewählt. Damit hatte DIE LINKE, Hamburg erstmals eine Europaabgeordnete, die sich von den Hamburger Mitgliedern des Europäischen Parlaments (MdEP) aus CDU und SPD positiv abhob. In der GUE/NGL-Fraktion

(= Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke) übernahm sie die Vertretung im Verkehrsausschuss und machte deutlich, wie wichtig es ist, Abgeordnete der LINKEN im Parlament zu haben. Bei der Eisenbahnrichtlinie, der Postrichtlinie und der Dienstleistungsrichtlinie versuchten alle anderen Parteien das Streikrecht der Gewerkschaften einzuschränken. Sabine kämpfte immer wieder dagegen und erzielte auch sichtbare Erfolge. Ihre Arbeit als Europaabgeordnete der LINKEN fand auch vor Ort bei den Betroffenen Anerkennung. So wurde sie als einzige Hamburger Europaabgeordnete mehrfach vom Betriebsrat des Hamburger Flughafens eingeladen. Erinnerung sei auch an ihr Auftreten als MdEP DIE LINKE, vor den streikenden Kolleg*innen der Firma Neupack vor nun mehr als zehn Jahren.

Mit Sabine ist eine Kämpferin von uns gegangen, deren Einsatz beispielhaft war. Sie hinterlässt ihren Ehemann und drei Kinder. Wir werden ihr immer ein ehrendes Andenken bewahren. (www.die-linke.de/start/presse/detail/wir-trauern-um-sabine-wils/).

Sabine Wils: Freundin, Genossin, Kollegin – Wir haben eine tolle Frau verloren

Von Heike Sudmann

Wer Sabine Wils kannte, weiß, welch großer Verlust ihr früher Tod mit nur 64 Lebensjahren bedeutet. Den oben stehenden Nachruf der Partei möchte ich gerne aus meiner persönlichen Sicht ergänzen.



Als ich Anfang der 2000er-Jahre in der Schulbehörde anfang zu arbeiten und mich natürlich auch in die Vertrauensleute- und Gewerkschaftsarbeit stürzte, lernte ich Sabine näher kennen. Sie war in der damaligen Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt schon lange gewerkschaftlich aktiv. Ich weiß nicht mehr, wie viele Jahre sie Vorsitzende des dortigen Personalrats war. Aber ich weiß, dass Sabine eine hohe Wertschätzung bei den Kolleg:innen genoss und auch die »Gegenseite«, also die Arbeitgeberin, die Behörden- und Amtsleitungen, ihr großen Respekt entgegenbrachte. Das zeigte sich auch auf der Trauerfeier für Sabine, an der viele ehemaligen Kolleg:innen aus der Behörde und aus der Gewerkschaftsarbeit teilnahmen.

Durch ihre klare und verbindliche Art im Umgang mit Menschen, ihr fachliches Wissen, ihr strategisches Denken im Sinne der Beschäftigten und auch durch ihr herzliches Wesen war Sabine sehr beliebt und hochgeschätzt. Das war nicht nur in ihrer Behörde so, sondern auch in der Gewerkschaft ver.di, u. a. im Fachbereich öffentlicher Dienst und in der Personalrätekommission.

Zusammen mit vielen Kolleg:innen haben wir versucht, die Auslagerung von öffentlichen Bauaufgaben in ÖPP-Projekte (Öffentlich-Private-Partnerschaften) zu verhindern. Sabine, die über viel mehr Erfahrungen als ich in der Personalratsarbeit verfügte, war mir als Neue im Amt eine große Hilfe. Egal, wann und mit welchen Fragen ich kam, sie hat sich immer Zeit genommen, um hilfsbereit und geduldig zu antworten. Sabine habe ich blind vertraut, auf ihr Urteil konnten sich alle verlassen. Und auch privat war Sabine eine wunderbare Freundin.

Ein lachendes und ein weinendes Auge haben ihren Wechsel in das Europaparlament begleitet. Nun war sie nicht mehr Personalratsvorsitzende in Hamburg, sondern oft unterwegs in ganz Europa. Doch die Gewerkschaftsinteressen, die hat sie nicht nur im Parlament in Brüssel und Straßburg, sondern in vielen anderen europäischen Ländern zusammen mit den dortigen Gewerkschafter:innen engagiert vertreten. Auch in ihrem neuen Themenfeld, dem Verkehr, hat sie viel bewirkt.



(Quelle: Die Linke im Europaparlament)

Ihre heimtückische Krankheit hat uns Sabine Stück für Stück genommen. Wir haben eine Freundin, Mitstreiterin, Genossin, Gewerkschafterin, Kollegin verloren. Doch wir behalten im Herzen die Erinnerung an eine tolle Frau.

Mein tiefes Mitgefühl gilt ihrem Mann Peter und den Kindern.



Volksinitiative G9 am Gymnasium – ein Fortschritt?

Von Sabine Boeddinghaus und Hanno Plass

Am 23. Juni startete die Volksinitiative für ein längeres Lernjahr, G9, an den Hamburger Gymnasien (VI G9). Ihr voran ging eine Online-Petition mit insgesamt 8.368 Unterstützer:innen. Die Volksinitiative begründet ihre Forderung mit dem lastenden Druck auf den Schüler:innen in der Folge der Coronakrise, von Krieg und Klimakrise. Weiterhin sieht die Initiative, dass in anderen Bundesländern Gymnasien flächendeckend wieder auf G9 umstellen. Dadurch sehen sie die Hamburger Gymnasiast:innen schlechter gestellt. Dass die gesamten Auswirkungen auch an den Gymnasien spürbar sind, ist unbestritten. Nicht ohne Grund wird das Programm »Aufholen nach Corona« bis Ende 2024 mit Landesmitteln fortgeschrieben, werden damit auch zusätzliche Stunden für die Beratungslehrkräfte an den Gymnasien finanziert.

Dass die Gymnasien ihre Augen und Türen nicht länger vor der Wirklichkeit verschließen können, zeigt sich an dem vordergründigen Motiv der Volksinitiative, dem Wohl der Gymnasiast:innen. Zugleich fordert auch der teflonbeschichtete Schulsenator, dass auch die Gymnasien sich verstärkt für die Integration geflüchteter Kinder und Jugendlicher einsetzen sollen. Die Botschaft ist nicht ausgesprochen, aber

klar: Die Stadtteilschulen können die große Zahl an Schüler:innen nicht im faktischen Alleingang aufnehmen, das Schulwesen benötigt die Kapazitäten der Gymnasien.

Kurzum, die Wirklichkeit dringt in die Gymnasien vor, wenn auch nur in homöopathischen Dosen. Die VI G9 reagiert entsprechend richtig: Der Druck im System soll verringert werden. Die eine Begründung ist das Wohlergehen der Kinder. Die zweite Begründung ist die Chancengerechtigkeit der Gymnasiast:innen verschiedener Bundesländer untereinander, also die leidige Frage nach der Vergleichbarkeit des Abiturs. Denn einige Bundesländer, so auch Schleswig-Holstein sind zu einer dreijährigen Oberstufe zurückgekehrt.

Zuerst standen wir der VI G9 halb skeptisch, halb erfreut gegenüber: Werden die Initiator:innen die neuralgische Trennlinie zwischen Gymnasium und Stadtteilschule erkennen und angehen – das Abschulen? Inwiefern werden sie frischen Wind in die verstaubte und durch den sogenannten »Schulstrukturfrieden« gedeckelte bildungspolitische Debatte in Hamburg bringen? Denn nichts fürchtet der Schulsenator mehr als Volksinitiativen! Nachdem der Eindruck unserer Besuche verschiedener Gymnasien gewesen war, dass



Viel Druck im System Schule (Foto: pixabay.com/de/photos/schrei-kind-m%C3%A4dchen-menschen-1819736/)

auch dort über den Tellerrand hinausgedacht wird, waren wir neugierig, was die VI G9 wohl auf die Beine stellen und welche Meinungsbildungsprozesse sie anstoßen würde.¹

Wir hatten bei einem Treffen mit deren Vertreter:innen eine Unterstützung zugesagt, wenn die Forderung nach einem längeren Lernjahr verbunden würde mit der Forderung nach der Abschaffung des Abschlusses und der Beteiligung der Gymnasien an Inklusion und Integration. Darin sehen wir das Minimum, um *alle* Schulen der Stadt in die Verantwortung für *alle* ihre Schüler:innen zu nehmen. Es wäre ein Schritt in die Richtung größerer Bildungsgerechtigkeit, die so überfällig ist. Wenn am Zwei-Säulen-Modell an der »Säule« Stadtteilschule derzeit die Lage verfestigt ist und keine Diskussion in Gang kommt, so war unsere Hoffnung, dass Bewegung in das Schulsystem kommt, wenn an der »Säule« Gymnasium Veränderungen kämen.

Nun beschränkt sich die VI G9 explizit auf die Forderung nach einer Vorstufe der Oberstufe am Gymnasium. Die Forderung ist folgerichtig, wenn allein die Lage der Schüler:innenschaft am Gymnasium in den Blick genommen und keine weiteren bildungspolitischen Aufgaben und Erkenntnisse

(beispielsweise über die Erfolge binnendifferenzierter heterogener Lerngruppen etc.) aufgenommen werden. Aufgaben und Herausforderungen des Sozialraums Schule fallen dabei leider unter den Tisch. Mit der konkreten Forderung der VI G9 würde die »gymnasiale Oberstufe« eine Oberstufe nach Vorbild der Stadtteilschule, die genau so aufgebaut ist: ein Schuljahr Vorstufe und zwei Schuljahre Studienstufe. Immerhin das könnten die Initiator:innen so benennen: »Wir wollen eine Stadtteilschul-Oberstufe, weil wir sie besser für unsere Kinder finden!«.

Aber Pustekuchen, wir haben uns zu früh gefreut. **So wie sie sich bisher aufstellt, kann es keine Unterstützung unsererseits für die VI G9 geben, sie bleibt schlicht zu exklusiv und beschränkt.** Relevante und drängende Aufgaben des Bildungssystems bleiben unbeachtet. Daher: gute Reise!

Sollte es jedoch Gesprächsbedarf über eine inklusive und integrative Weiterentwicklung des Gymnasiums geben, sind alle gerne zu uns eingeladen. Der Auseinandersetzung verweigern wir uns nicht, im Gegenteil, doch sind die Leitlinien unserer Positionen klar und öffentlich dargelegt in unserem Schulgesetzentwurf, und der zeigt glasklar: Eine inklusive demokratische Schule für Alle ist machbar.²

¹ DIE LINKE. Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft | Bildung
Pressemeldungen Sabine Boeddinghaus Schule und Berufsbildung |
G9-Volksinitiative bringt frischen Wind in die Schuldebatte (linksfraktion-hamburg.de).

² DIE LINKE. Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft | Neues
inklusives Schulgesetz (linksfraktion-hamburg.de).



Kurznachrichten für Verkehr und Stadtentwicklung

Von Heike Sudmann

Im letzten »Bürger:innenbrief« hatte ich über die unterirdischen Bahnprojekte in Hamburg berichtet. Hier nun die letzten Neuigkeiten:

- **Überraschendes Schweigen bei der U5:** Während SPD und GRÜNE sonst keine Gelegenheit auslassen, sich für die geplante U-Bahnlinie U5 öffentlich auf die Schulter zu klopfen, haben sie in der Bürgerschaftssitzung am 5. Juli keinen Pieps von sich gegeben, als es um die Zustimmung zur Kostensteigerung bei der U5-Ost von 1,8 Mrd. auf 2,9 Mrd. Euro ging. Ist ja auch zu peinlich, wenn mensch zugeben muss, dass die U5 zu spät für die Mobilitätswende kommt und die Gesamtkosten in den Sternen stehen. Deshalb war das rot-grüne Motto, bloß keine Debatte, sondern nur die Hand heben. Unser Antrag »Statt Schrecken ohne Ende: U5 stoppen, Planung für Stadtbahnnetz aufnehmen« (Drucksache 22/12433) wurde erwartungsgemäß abgelehnt.
- Bei den **fünf Varianten des Verbindungsbahntunnelstunnels (VET)**, die öffentlich vorgestellt wurden, gibt es keine Vorzugsvariante. Das teilten die Deutsche Bahn (DB) und die Behörde für Verkehr und Mobilitätswende am 4. Juli beim »Dialogforum Schiene« im Rathaus Altona mit. Mich wundert es nicht, dass alle Varianten,

bei denen mitten durch die dichtbebaute innere Stadt tiefe Tunnel gebuddelt werden sollen, gleich schlecht sind. Auf einer Veranstaltung der Hamburgischen Ingenieurskammer am gleichen Tag wunderte sich übrigens auch der ehemalige Oberbaudirektor, wie ein grüner Verkehrssenator auf den Gedanken kommen kann, diesen gigantischen VET zu bauen, der sicherlich ein Vielfaches der angegebenen 3 Mrd. Euro kosten werde.

- Bei der erwähnten Veranstaltung der Hamburgischen Ingenieurskammer am 4. Juli ging es auch um die **Sternbrücke**. In einem beeindruckenden Vortrag zeigte Dr. Ulrich Meyer Alternativen zu der DB-Planung mit der völlig überdimensionierten Sternbrücke. Besonders eindrücklich war die Darstellung der geplanten Breite der Stresemannstraße, die die Ursache für die überdimensionierte Brücke ist. Würde diese Straßenbreite umgesetzt, müssten ganze Häuserzeilen abgerissen werden. Der ehemalige Oberbaudirektor überraschte in der abschließenden Diskussion mit der Aussage, dass die Planung zur Sternbrücke sofort gestoppt gehöre. Der Ausbau der Stresemannstraße sei völlig unrealistisch, hier seien aus der Verkehrsplanung völlig falsche Vorgaben gemacht worden.

Leider keine Neuigkeit, sondern eine Fortsetzung des Trauerspiels findet sich auf St. Pauli:

■ Der Senat rastet, **die Schiller-Oper** rostet: Bereits 2021 hatte das Denkmalschutzamt die Eigentümerin der Schiller-Oper auf den erforderlichen Korrosionsschutz hingewiesen. Ein notwendiges Gutachten, um die Eigentümerin zum Korrosionsschutz zu zwingen, will der Senat jedoch erst im Juli 2023 in Auftrag geben, Fertigstellungszeit mindestens drei Monate. Statt auf die Tube zu drücken, wird das notwendige Gutachten so spät vergeben, dass der nächste harte Winter für die Schiller-Oper droht. Dem Treiben der Eigentümerin muss endlich ein Ende gesetzt werden. Das Zwangsmittel der sofortigen Vollziehung des Korrosionsschutzes muss umgehend nach dem Gutachten angeordnet werden.



Plakat der Initiative »Rettet die Schiller-Oper« vor dem Abbruch der Anbauten (Montage: Heike Sudmann)

Vergesellschaftung ist machbar

Von Michael Joho

Ein »Historischer Tag für Berlin«, jubelte die Initiative »Deutsche Wohnen & Co enteignen« Ende Juni. Unmittelbar vorausgegangen war der Abschlussbericht der Expert:innenkommission, die nach dem erfolgreichen Berliner Volksentscheid zur Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen mit mehr als 3.000 Wohneinheiten gebildet worden war und nun das Fazit zieht, dass die Enteignung von Immobilienkonzernen rechtssicher und finanzierbar ist und zudem die Mieten senkt. Bei der Kommission handelt es sich mitnichten um einen Haufen linker Systemkritiker:innen, ganz im Gegenteil.



👍

Kommission bestätigt:

👍

Vergesellschaftung ist rechtssicher, bezahlbar & das Beste für Berlin

1. Berlin hat die Gesetzgebungskompetenz und darf Immobilienkonzerne auf Basis des Grundgesetzes enteignen (ein Scheitern wie beim Mietendeckel ist ausgeschlossen).
2. Vergesellschaftung ist das beste Mittel, um den Mietenwahnsinn bei der Wurzel zu packen und Wohnen langfristig bezahlbar zu machen!
3. Immobilienkonzerne können deutlich unter dem Marktwert der Wohnungen entschädigt werden – die Entschädigung kann aus den zukünftigen Erträgen durch faire Mieten vollständig refinanziert werden.
4. Die Enteignung kann sich auf profitorientierte Unternehmen ab 3000 Wohnungen konzentrieren & Genossenschaften können ausgenommen werden.

Mehr auf: dwenteignen.de

Der komplette, 156-seitige Abschlussbericht der Expert:innenkommission zum Volksentscheid liefert nun die »Blau-pause für ein rechtssicheres Vergesellschaftungsgesetz«. Allerdings, so die Initiative Deutsche Wohnen, »blockiert die CDU-geführte Regierung die Erarbeitung eines solchen Gesetzes«, taktiert und verzögert, mit der SPD als Juniorpartner an ihrer Seite. Doch der Bericht ist eindeutig und verlangt nach schnellen Konsequenzen. Darin wird bestätigt, »dass Berlin die Gesetzgebungskompetenzen hat und die Vergesellschaftung verhältnismäßig ist. Sie sei sogar erforderlich, weil kein besseres Mittel zur Verfügung stehe, um die Mieten zu sen-

Von der Website der Initiative »Deutsche Wohnen & Co enteignen« (<https://email.t-online.de/em#method=inboxSearch&f=INBOX.Trash&searchString=Betreff%3AWir%20lassen%20die%3BOrdner%3AINBOX.Trash>).

ken. Die Ausnahmen für Genossenschaften und landeseigene Wohnungen bestätigen die Expert:innen als rechtens, ebenso wie die Schwelle von 3.000 Wohnungen bei den zu vergesellschaftenden Wohnungskonzernen. Die Finanzierbarkeit sehen die Expert:innen als gegeben an.« Mehrheitlich sind die Kommissionsmitglieder der Überzeugung – und folgen damit einem Vorschlag der Initiative –, »dass für die Bemessung der Entschädigungshöhe, die Erträge aus der zukünftigen gemeinnützigen Bewirtschaftung zugrunde gelegt werden' könnten. Demnach würden die großen Wohnungskonzerne nur so viel Entschädigung bekommen, wie diese über moderate Mieteinnahmen aus den vergesellschafteten Wohnungen refinanziert werden kann. Einig sind sich die Expert:innen, dass die Immobilienkonzerne unter Marktwert entschädigt werden können« (<https://dwenteignen.de/aktuelles/neuigkeiten/expertinnenkommission-stellt-abschlussbericht-vor>). Den vollständigen, 154-seitigen, unbedingt lesenswerten Abschlussbericht vom Juni 2023 gibt es übrigens wie auch alle anderen Dokumente der Kommission im Netz.

Auch DIE LINKE auf Bundesebene hat die jüngste Entwicklung begrüßt. In ihrem Newsletter vom 30. Juni wird unterstrichen, »dass börsennotierte Aktiengesellschaften und große finanzmarktgetriebene Wohnungsunternehmen nichts auf den Wohnungsmärkten verloren haben. Die Berliner Landesregierung hat keine Ausreden mehr: Die Vergesellschaftung der großen Wohnungskonzerne muss jetzt umgesetzt werden! Berlin muss jetzt als erstes Bundesland ein Vergesellschaftungsgesetz vorlegen und andere Bundesländer müssen folgen!«



Tja, und in Hamburg? Da gibt es die Volksinitiative »Hamburg enteignet« (VI), die Unternehmen mit mehr als 500 Wohneinheiten vergesellschaften möchte, was auf eine Dimension von insgesamt 100.000 dem »freien«, profitorientierten Markt entzogenen Wohnungen hinauslaufen könnte. Diese Initiative hat die erste Stufe der Volksgesetzgebung erfolgreich beschritten und bereitet sich zurzeit auf die zweite Stufe, das Volksbegehren, vor. Allerdings werden ihr massive Prügel zwischen die Beine geschmissen. Einen Tag, bevor die VI mit der Unterschriftensammlung beginnen wollte, äußerte sich Mitte September 2022 das sogenannte Landesamt für Verfassungsschutz und verbreitete, die Initiative sei von unterwandert. Der schier unglaubliche O-Ton des Ham-



Heike Sudmann und Karen Pein beim MOPO-Talk »Wohnungskonzerne enteignen – das richtige Konzept für bezahlbare Mieten?« vom 26. Juni (Foto: Michael Joho)

burger Verfassungsschutz-Chefs Torsten Voß: »Extremisten aller Couleur versuchen, aus den Sorgen und Nöten der Menschen Kapital für ihre gemeinsamen extremistischen Ziele zu schlagen«, so das Zitat im »Hamburger Abendblatt« online vom 14. September 2022 (www.abendblatt.de/hamburg/article236426917/verfassungsschutz-hamburg-linksextremismus-warnt-vor-dieser-volksinitiative.html).

Nicht ganz so diffamierend klingt das bei der Stadtentwicklungssenatorin Karen Pein (SPD), die sich in ihrer Argumentation geradezu versteigt, wenn sie in einem Interview mit der »Zeit« online vom 18. Mai meint, die VI würde »das Immobiliengeschäft im Prinzip *kriminalisieren*. Und das hilft überhaupt nicht. Wir haben ärgerliche *Einzelbeispiele* von Investoren, die nicht bauen, sondern nur spekulieren. Aber das ist eine ganz kleine, überschaubare Gruppe. Diese Enteignungsinitiative ist ein Misstrauensvotum gegen ganz viele private Wohnungsfirmer. Und das finde ich schlicht *ungerecht*« (www.zeit.de/hamburg/2023-05/hamburg-enteignung-wohnungsnot-baukosten-karen-pein).

Klar ist demnach, dass es – anders als bei der Volksinitiative »Keine Profite mit Wohnen und Miete« – keine Verhandlungen zwischen der VI Hamburg enteignet und dem Senat geben wird. Um aber andererseits unter allen Umständen einen Volksentscheid zu verhindern, soll mit rechtlichen Einwüfen das Verfahren bis zu zwei Jahre verzögert werden. »Ach ja, in der Zwischenzeit ist dann auch eine neue Bürgerschaft gewählt worden, sodass«, schreibt Peter Ulrich Meyer am 1. Juli im »Hamburger Abendblatt«, »das Thema im Wahlkampf kaum eine Rolle spielen dürfte. Das klingt sehr nach einer langen Bank, auf die im Mittelalter unliebsame Entscheidungen geschoben wurden« (www.abendblatt.de/hamburg/kommunales/article238832031/Volksinitiative-will-private-Wohnungsunternehmen-enteignen.html). Machen wir dem Senat doch einen Strich durch die Rechnung, erhöhen den Druck und folgen dem Beispiel der mehr als eine Million Berliner Bürger:innen (= 59,1 Prozent der gültigen Stimmen), die am 26. September 2021 für die Enteignung der großen Wohnungskonzerne votiert hatten.

Themenflyer der Linksfraktion



Nach längerer Vorbereitung hat die Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft im Juni zwölf neue in einheitlicher, aber bunter Form gehaltene Flyer herausgegeben. Darin macht die Fraktion in leicht verständlicher Sprache ihre **Positionen und Vorschläge** zu ganz unterschiedlichen politischen Themen klar.

Die jeweils achtseitigen Broschürchen im Postkartenformat sind nicht nur handlich, sie informieren auch auf ein, zwei Blicke, wie die Linksfraktion die Dinge einschätzt und welche Forderungen sie aufstellt. Die kleinen Heftchen gibt es zu den Themen Arbeit & Wirtschaft, Finanzen & Bezirke, Flucht & Migration, Frieden & Hafen,



Schule muss zu einem lebenswerten, gesunden und angstfreien Ort werden, an dem sich die Schüler:innen und ihre Lehrer:innen wohl fühlen!

Sabine Boeddinghaus,
Sprecherin für Schule



Kinder müssen mit ihren Bedürfnissen endlich ernst genommen werden. Dazu gehört eine kostenfreie frühkindliche Bildung und gesundes Essen für ALLE Kinder unserer Stadt.

Insa Tietjen,
Sprecherin für Kita



Gewinnorientierten Wohnungsunternehmen ist ein Riegel vorzuschieben. Sozialorientierte, gemeinnützige Vermieter:innen sind zu unterstützen, damit wir dauerhaft leistbare Mieten bekommen.

Heike Sudmann,
Sprecherin für Wohnen



Alle mit einem kleinen Geldbeutel sollten jetzt prüfen, ob sie einen Wohngeldanspruch haben. Wir helfen Ihnen dabei gern.

Olga Fritzsche,
Sprecherin für Arbeit



Gesundheit & Wissenschaft, Inneres & Justiz, Kultur & Sport, Queer & Gleichstellung, Soziales & Bürgergeld, Umwelt und Verkehr, Wohnen & Wohngeld, Bildung & Familie. Aus den beiden letztgenannten Flyern bringen wir hier mal zwei beispielhafte Auszüge. Und wer sie alle in Augenschein nehmen möchte, guckt hier: www.linksfraktion-hamburg.de/kategorie/publikationen/.

Tipps und Termine

Hamburg ist bekanntlich eine **Kreuzfahrt-Hauptstadt**, da sollte es hier eigentlich besonders interessieren, welche Emissionen dieses Cruisen auf den Meeren hervorbringt. Schließlich füllt sich alle paar Tage der Hachmannplatz wieder mit Transportern, die die Tourist:innenschlangen empfangen und das Gepäck zu den Schiffen transportieren. Inzwischen hat die Kreuzfahrtbranche die Coronakrise überwunden und wieder die Zahlen aus der Zeit vor dem Pandemieausbruch erreicht, Tendenz weiter steigend. Gut vielleicht für die Urlauber:innen, schlecht auf jeden Fall für die Umwelt. Die von europäischen Umweltverbänden in Auftrag gegebene und am 15. Juni publizierte Studie »Return of the Cruise. How luxury cruises are polluting Europe's cities« (etwa: Die Rückkehr der Kreuzfahrten. Wie luxuriöse Kreuzfahrten die europäischen Städte verunreinigen) kommt zu alarmierenden Ergebnissen. Danach verursachen Kreuzfahrtschiffe in Hamburg deutlich mehr Luftschadstoffe als vor Corona. Und Hamburg ist beim Ranking der Luftverschmutzung durch Kreuz-

fahrten auf Platz 6 emporgeklütert – 2019 lag die Elbmetropole noch auf Platz 19. »Die Kreuzfahrtschiffe im Hamburger Hafen«, so eine NDR-Meldung vom 17. Juni, »verursachen in etwa **so viel Schwefeloxid wie alle Autos, die in Hamburg zugelassen sind**. (...) Verglichen mit dem Jahr 2019, dem letzten Jahr vor der Corona-Pandemie, hätten die Emissionen 2022 in Hamburg um mehr als 40 Prozent zugelegt, heißt es in der Studie. (...) Alle Kreuzfahrtschiffe, die in Europa unterwegs sind, haben danach soviel Schwefeloxid wie eine Milliarde Autos ausgestoßen« (www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Deutlich-mehr-Luftverschmutzung-durch-Kreuzfahrten-in-Hamburg,kreuzfahrt940.html). Unser kleiner, wenig erheiternder Monatsbeitrag zur Rettung der Welt ...

Der Verein »FUSS e.V. – Fußgängerschutzverein und Fachverband Fußverkehr Deutschland« hat einen neuen Leitfaden herausgegeben, um Initiativen für diese Mobilitätsgruppe zu stärken. Es geht dabei insbesondere um die Entwicklung einer **Fußverkehrsstrategie**, einen »Bedeutungsplan für den Fußverkehr« und Fußverkehrsbeauftragte. Wer Anregungen braucht, überhaupt Interesse an diesem Thema hat, liest den neuen Newsletter von FUSS e.V.



Titelseite der Dokumentation der europäischen Umweltverbände

Schritte zur Einführung einer kommunalen Fußverkehrsstrategie

Handlungsleitfaden



Im Juni 2024 finden zeitgleich die **Wahlen zum Europäischen Parlament sowie zu den sieben Hamburger Bezirksversammlungen** statt. Mensch merkt das daran, dass in verschiedenen Stadtteilen die Plakatierungen und die Infotische der Parteien spürbar zunehmen. Auch wir werden uns im »Bürger:innenbrief« damit beschäftigen, insbesondere den Bezirkswahlen, zumal sie ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur nächsten Bürgerschaftswahl im Frühjahr 2025 darstellen. Auch wenn die **70-seitige-Broschüre der Linksfraktion in der Bezirksversammlung Altona** als eine Art Halbzeitbilanz schon vom Juni 2022 datiert, möchten wir sie hier doch stellvertretend als Lektüre all denen empfehlen, die verstehen wollen, was die LINKE in den Bezirken bzw. Bezirksversammlungen eigentlich so treibt. Wir werden in den nächsten Ausgaben des BB u.a. das Bezirks-Rahmenwahlprogramm veröffentlichen, das auf dem Landesparteitag der Hamburger LINKEN Ende Juni verabschiedet wurde.

Nur zwei Obdachlose erhalten eine Wohnung, meldete das Straßenmagazin »Hinz&Kunzt« online am 5. Juli. Das ist das mauer Ergebnis des letzten **Winternotprogramms**. Von durchschnittlich etwa 650 Obdachlosen in den Notunterkünften oder Wohncontainern wurden zwar 115 in Wohnunterkünfte, Pflegeheime oder auch Hotels vermittelt, aber nur zwei in eine eigene Wohnung. Da muss die Stadt allerdings noch mehr als einen Zahn zulegen, um die Obdach- und Wohnungslosigkeit bis 2030 abzuschaffen, was der Senat ja immer mal wieder erklärt.

Am 22. Juni haben der **Deutsche Mieterbund und das Öko-Institut e.V.** eine neue **Studie zur Wohn- und Energiekostenbelastung von Mietenden** vorgelegt. Auf 47 Seiten wird in etlichen Tabellen und Grafiken nachgewiesen, wie die finanziellen Belastungen 2021 und 2022 für die Haushalte, insbesondere mit geringem Einkommen, ausgewirkt haben. Der Mieterbund



Exemplarische Rechenschaftslegung der Linksfraktion Altona zur Mitte der Legislaturperiode vom Feinsten - so kanns laufen!

INHALT

03_DIE LINKE FRAKTION IN DER BEZIRKSVERSAMMLUNG ALTONA

- 03_Die Fraktion stellt sich vor
- 04_1x1 der Bezirksversammlung
- 06_DIE LINKE für eine nachhaltige Politik

10_DIE ARBEIT IN DEN FACHAUSSCHÜSSEN

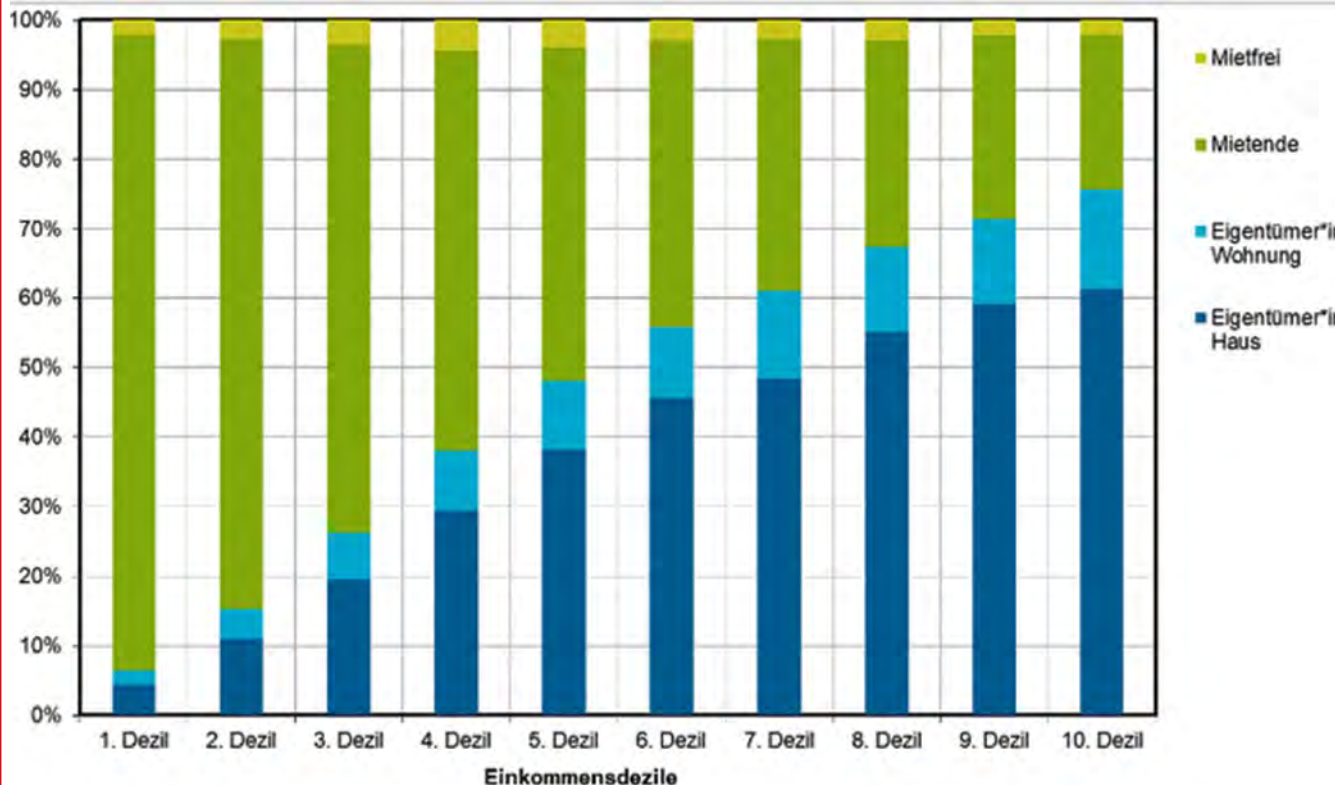
- 10_Ausschuss für Grün, Naturschutz und Sport
- 16_Ausschuss für Soziales, Integration, Gleichstellung, Senioren, Geflüchtete und Gesundheit
- 22_Ausschuss für Kultur und Bildung
- 26_Verkehrsausschuss
- 32_Ausschuss für regionale Stadtteilentwicklung und Wirtschaft
- 36_Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verbraucherschutz
- 42_Sonderausschuss Science City Bahrenfeld
- 48_Bauausschuss
- 52_Jugendhilfeausschuss
- 56_Planungsausschuss
- 60_Haushalts- und Vergabeausschuss

63_IN MEMORIAM: ROBERT JAROWOY

64_DAS LINXIKON

Wohnverhältnis alle Haushalte nach Einkommen

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder



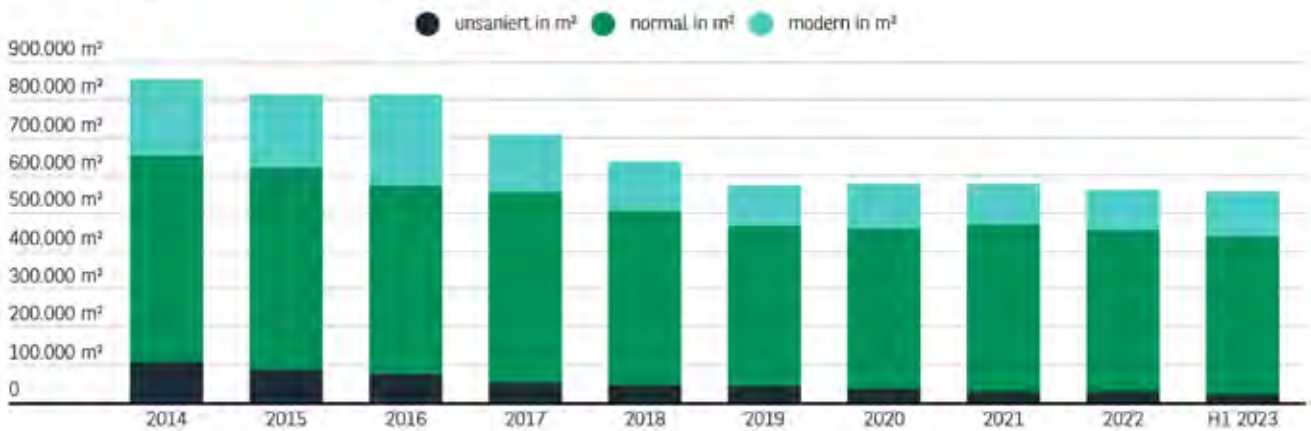
leitet aus den Zahlen u.a. mehr staatliche Fördermittel für Modernisierungsmaßnahmen ab, nicht zuletzt fordert er, dass energetische Sanierungen nicht zulasten der Mieter:innen gehen dürfen. Aus der Flut an Informationen sei nur einmal die oben stehende Grafik herausgegriffen, die die Verteilung von Miet- und Eigentumswohnungen nach Einkommensdezilen veranschaulicht (ein Dezil = ein Zehntel der Bevölkerung, das unterste Dezil ist das einkommensärmste, das oberste Dezil sind die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung). Daraus ergibt sich, gewiss nicht überraschend, dass die Mietenproblematik ein zentrales Thema der unteren Einkommensdezile ist, während die oberen Dezile weit überdurchschnittlich oft in Eigenheimen oder Eigentumswohnungen leben (www.mieterbund.de/fileadmin/public/Studien/DMB_Wohnkostenbelastung-Mietende_final.pdf).

War von der Bundesregierung versprochen worden, **alljährlich 400.000 neue Wohnungen** entstehen zu lassen, ist es schon im vergangenen Jahr bei lediglich 295.300 neuen Wohneinheiten geblieben. Für dieses Jahr prognostiziert das Münchener **IFO-Wirtschaftsforschungsinstitut** am 16. Juni rund 245.000 neue

Wohneinheiten, für 2024 noch 210.000 und **in 2025 nur noch etwa 200.000**. Ludwig Dorffmeister, Bauexperte dieses wirtschaftsfreundlichen Instituts, sieht folgende Punkte für den dramatischen Einbruch: »Der wichtigste Grund für den Rückgang ist die erhebliche Verteuerung der Finanzierung und der Bauleistungen. Gleichzeitig hat der Bund die Neubauförderung drastisch zurückgefahren und die Standards für den Neubau Anfang 2023 abermals verschärft« (www.ifo.de/pressemitteilung/2023-06-16/deutlich-weniger-neue-wohnungen-bis-2025).

Dieser Tendenz entsprechen auch die Entwicklungen in Hamburg. Am 7. Juni veröffentlichte das Statistikamt Nord die neuesten Zahlen zu den Auftragseingängen im Wohnungsbau. Danach haben diese im **Bauhauptgewerbe Hamburgs** im I. Quartal 2023 einen Wert von 516 Mio. Euro erreicht, 1,5 Prozent weniger als im Vergleichsquartal des Vorjahres. »Nach Abzug der Inflation (preisbereinigt) errechnet sich sogar ein Rückgang um 14,8 Prozent. Besonders **im Wohnungsbau brach der Wert der Auftragseingänge im Vergleich zum Vorjahr ein (preisbereinigt: minus 50,9 Prozent)**« (www.statistik-nord.de/presse-veroeffentlichungen/

Entwicklung des Leerstands in Hamburg



presseinformationen/dokumentenansicht/bauhauptgewerbe-in-hamburg-im-1-quartal-2023-64931). Stadtentwicklungssenatorin Karen Pein (SPD) dazu in der »Welt« vom 7. Juni: »Der Einbruch beim Wohnungsbau ist dramatisch und lässt für die kommenden Jahre Schlimmes erahnen« (Quelle: [Welt online](#)). Eine für den Wohnungsbau zuständige Senatorin mit Visionen...

Einen weiteren Vorgeschmack auf die »schlimmen« Entwicklungen in den kommenden Jahren lieferte die Stadtentwicklungsbehörde jüngst mit der Bekanntgabe der **Baugenehmigungen** im ersten Halbjahr 2023. Die sind nämlich **um 47 Prozent eingebrochen und von 5.100 (1. Halbjahr 2022) auf 2.720 Wohneinheiten** (1. Halbjahr 2023) zurückgegangen ([www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Zahl-der-Baugenehmigungen-in-Hamburg-bricht-ein,wohnungsbau546.html](#)).

Während der **Wohnungsleerstand in Hamburg** seit dem Jahre 2010 konstant unter 1 Prozent lag und laut Statista-Angaben gegenwärtig nur **bei 0,4 Prozent** liegen soll (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/252750/umfrage/leerstandsquote-von-wohnungen-in-hamburg/>), stellt sich die Lage des Büromarktes etwas anders dar. Laut Berechnung der im Büromarkt tätigen BNP-Paribas-Gruppe konnten im ersten Halbjahr 2023 rund 223.000 Quadratmeter umgesetzt werden, 26 Prozent unter dem Vorjahreswert und gut 9 Prozent unter dem Durchschnittswert des letzten Jahrzehnts. Der **Büroleerstand** in Hamburg ist in der jüngeren Vergangenheit stabil und lag zur Jahresmitte 2023 bei 555.000 Quadratmetern, was einer

vergleichsweise niedrigen Leerstandsquote von **3,9 Prozent** entspricht ([www.realestate.bnpparibas.de/marktberichte/bueromarkt/hamburg-at-a-glance](#)).

Am 1. Juli würdigten Hamburgs Wohnungsbaugenossenschaften den **100. Jahrestag** des vom Internationalen Genossenschaftsverband ICA ausgerufenen **Internationalen Tages der Genossenschaften**. Matthias Saß, Vorsitzender des Vereins Hamburger Wohnungsbaugenossenschaften und Vorsitzender des Vorstandes der Allgemeinen Deutschen Schiffszimmerer-Genossenschaft eG, hob in der Pressemitteilung vom 30. Juni die Vorzüge dieser Form des Wohnens hervor: »Gäbe es als Genossenschaft organisierte Wohnungsunternehmen nicht, müsste man sie erfinden. Wer in einer Wohnung unserer Genossenschaften lebt, der muss keine Angst haben: Keine Angst vor Luxussanierung. Keine Angst vor einer Kündigung wegen Eigenbedarfs. Keine Angst vor exorbitanten Mietsteigerungen.« Finden wir auch und sagen den Genossen und Genossinnen herzlichen Glückwunsch zur 100-jährigen Erfolgsgeschichte!



Immer mal wieder eine Website mit interessanten Daten und Artikeln zur Hamburger Stadtentwicklung und Geschichte vorzustellen, das haben wir im »Bürger:innenbrief« schon das eine oder andere Mal realisiert. Hier sei nun die **Homepage des Vereins »Olmo e.V.** – des Vereins für Kultur und Erinnerungsarbeit zwischen Ohlsdorf und Ochsenzoll, vormals Grüner Saal e.V.« – empfohlen. Die gute, gepflegte und mit allerlei Infos und Veranstaltungen vorrangig zum antifaschistischen Kampf und zur Arbeiter:innenbewegung bestückte Website enthält im Untermenü »Themen« eine Reihe Digitalisate und Dokumente, die ein Blättern lohnen, z. B. der 42-seitige Scan der 1989 erschienenen und längst vergriffenen Veröffentlichung »Billstedts »vergessene« Geschichte« oder eine siebenseitige Einführung zum Thema »Behelfsheime für kriegsbedingte Obdachlose in Hamburg vor und nach Kriegsende 1945« (<http://niqolas.de/olmoo.de/themen.htm>).



Über Jahrzehnte wurde den Bewohner:innen in Lurup und Osdorf eine Schienenanbindung angekündigt. Jüngst teilte der Senat mit, dass der Bau der neuen, über Bahrenfeld und Lurup bis zum Osdorfer Born führenden S-Bahn-Linie 32/S6 erneut verschoben wird. Damit soll nun erst nach Inbetriebnahme des Verbindungsentlastungstunnels (VET) begonnen werden, und der wird laut Bundesverkehrsministerium frühestens

im Jahr 2040 fertig... **Bahn für Lurup/Osdorf jetzt – statt in 20 Jahren**, so ist denn auch eine **Veranstaltung der Linksfraktion** überschrieben. Welche Alternativen gibt es zu den Planungen des Senats? Wie kann eine Bahnverbindung zeitnah verwirklicht werden – beispielsweise durch eine Straßenbahn? Über das Thema sprechen am **Sonntag, den 16. Juli**, um 14.00 Uhr im frisch eröffneten Abgeordnetenbüro die Fraktionsvorsitzende Cansu Özdemir, die verkehrspolitische Sprecherin Heike Sudmann und der Bezirksabgeordnete Karsten Strasser.

Am **Mittwoch, den 19. Juli**, findet wie in den Vorjahren wieder eine **Kundgebung** in Altona statt, die **an die Deportation von 1.500 jüdischen Menschen erinnert**, die am 15. und 19. Juli 1942 von der Schule Schanzenstraße am Bahnhof Sternschanze über den Hannoverschen Bahnhof nach Theresienstadt/Terezin nahe Prag **verschleppt wurden**. »Wir möchten mit unserer Kundgebung unsere Haltung verdeutlichen, dass Antisemitismus und Rassismus im Alltag keinen Platz haben darf«, so Holger Artus, Initiator der Kundgebung. »Die Erinnerung an die NS-Opfer gehört in unseren Alltag.« Die Kundgebung beginnt um 17.00 Uhr vor dem Haupteingang der heutigen Ganztagsgrundschule Sternschanze auf der Höhe der Altonaer Straße 38. Mehr unter www.sternschanze1942.de.





Um **Schwarze Nachbarschaftsgeschichte in Altona** geht es bei einem bemerkenswerten, kostenfreien Rundgang des Altonaer Museums in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule und dem Bildungsbüro Hamburg am **Sonntag, den 23. Juli**, um 13.00 Uhr ab der evangelischen Hauptkirche St. Trinitatis (Kirchenstraße 40). Aus dem Ankündigungstext: »Schon **seit mehr als 400 Jahren leben Schwarze Menschen in Deutschland und in Hamburg**, doch oft werden ihre Geschichten nicht erzählt, vergessen oder unzureichend beforscht. Dieser Rundgang begibt sich exemplarisch auf eine **Spurensuche** nach diesen Geschichten. Ganz im Sinne eines Perspektivwechsels schauen wir auf Menschen, Orte und Prozesse im Stadtbild. Neben Geschichten aus dem 17. und 18. Jahrhundert, liegt ein besonderer Fokus auf widerständigen Geschichten und den Alltagsrealitäten Schwarzer Menschen in Hamburg vor 1945.« Weitere Infos und Anmeldung unter www.shmh.de/veranstaltungen/schwarze-nachbarschaftsgeschichte-in-altona/20230723-1300/.

Das **Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz** hat just Kristina Sassenscheidt mit dem Denkmalverein Hamburg e. V. für deren **Podcast »Denkmal im**

Wandern« mit dem **Medienpreis** ausgezeichnet hat. Bei diesen Podcasts handelt es sich um Rundgänge – mittlerweile gibt es 15 davon – bei denen Fachleute in jeweils 30- bis 60-minütigen Beiträgen ein Objekt oder Ensembles beschreiben (www.hamburg.de/bkm/podcast-denkmal-im-wandern). Bei diesen Rundgängen, so die Begründung der Nationalstiftung, erfahren die Hörer:innen »von den zuständigen Mitarbeitenden des Denkmalschutzamtes, die mit Kristina Sassenscheidt durch Hamburgs vielfältige Baukultur schlendern, zahlreiche Hintergrundinformationen zur Geschichte der Objekte und zu aktuellen Herausforderungen der denkmalpflegerischen Arbeit. Mit diesem innovativen Format gelingt es ihr, neue und vor allem positive Zugänge zu dem sehr komplexen und oft kontrovers diskutierten Thema Denkmalschutz zu schaffen. Durch das vertrauensvolle Gespräch und die lockere Atmosphäre beim Spazierengehen werden unterhaltsam, aber zugleich auf hohem fachlichem Niveau, geschichtliche Zusammenhänge und denkmalfachliche Hintergründe vermittelt. Der Podcast ist damit ein wichtiger Beitrag für gesellschaftliche Bildung, Beratung und Aufklärung geworden.« Wir gratulieren Kristina Sassenscheidt zu dieser bedeutenden Würdigung ganz besonders!



Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten

Von Michael Joho

Selbst das »Hamburger Abendblatt« kam am 12. Juni nicht umhin, diese Headline zu drucken: »Reiche Erben zahlen in Hamburg besonders wenig Steuern«. Hintergrund: eine Große Anfrage der Linksfraktion (Drs. 22/11381). Die Kernaussage der Senatsantwort lässt sich wie folgt zusammenfassen: Je höher die Erbschaft bzw. Schenkung ausfällt, desto wahrscheinlicher ist eine steuerliche Begünstigung. Im Jahre 2021 wurde in dieser Weise jede vierte große Erbschaft und Schenkung in Hamburg steuerlich begünstigt, 1,2 Mrd. Euro wurden steuerlich befreit.

Ein anderes Beispiel, die *Einkommensmillionär:innen*. In Hamburg gab es davon laut neuester Mitteilung des Statistikamtes im Jahre 2019 genau 1.268. Seit 2013 hat diese Zahl das siebte Mal in Folge zugenommen. Es handelt sich bei der betreffenden Gruppe um jeweils 12 von 10.000 Steuerpflichtigen, die alljährlich mindestens eine Million kassieren. Ach ja, anteilmäßig nimmt Hamburg weiterhin die Spitzenposition unter den Bestverdienenden ein (statistik-nord.de/). Und wer sich für die Namen der 25 reichsten Deutschen interessiert – ganz vorne Dieter Schwarz (Lidl) mit einem Vermögen von 48,8 Mrd. US-Dollar, gefolgt von Klaus-Michael Kühne mit 34,3 Mrd. – schaut hier: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/162320/umfrage/die-reichsten-deutschen/>.

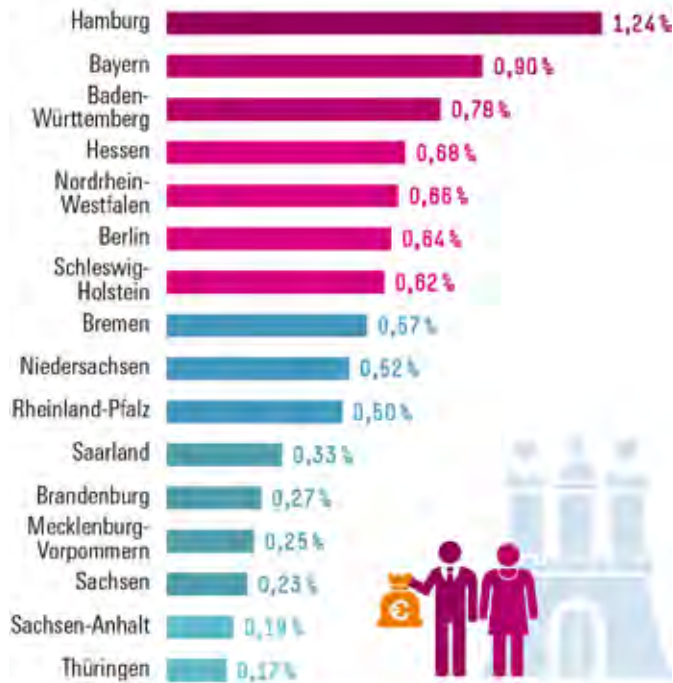


(Aus: »Böckler Impuls« Nr. 8/2023 vom 11.5.2023, www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-privilegien-fur-reiche-abschaffen-49315.htm)

Ein drittes Beispiel: Der in Hamburg so gerne als Mäzen auftretende Großkapitalist Klaus-Michael Kühne hat vor wenigen Wochen stolze 3,3 Mrd. Euro aus seinen Dividenden bei Hapag-Lloyd überwiesen bekommen. Das ist der obszönste Gewinn des laufenden Jahres, mit dem er selbst die berühmte Quandt-Familie (BMW) in den Schatten stellt. Lassen wir bei der recht üppig ausfallenden Jahresbilanz mal Kühnes Gewinne bei der Spedition Kühne+Nagel und seinen 15-Prozent-Anteil an der Lufthansa außen vor. Wer es genau wissen will, schaut z.B. in die »Mallorcazeitung«, die offenbar gerne über den von ihr so titulierten »Mallorca-Liebhaber« berichtet.

EINKOMMEN Reiches Hamburg

Der Anteil der Einkommensmillionäre an allen Steuerpflichtigen beträgt in ...



Quelle: Destatis, Mai 2021

Hans Böckler Stiftung

Hamburg ganz vorne (aus »Böckler Impuls« Nr. 9/2023 vom 25.5.2023)

Die Reichtumsverhältnisse in Deutschland sind ja schon recht schillernd, aber so richtig Farbe bekommt das Bild natürlich erst, wenn dem auch die Botschaften von der anderen Seite der Gesellschaft entgegengestellt werden. Beispielsweise diese, dass in unserem Land mittlerweile jede:r fünfte Deutsche armutsgefährdet ist, 17,3 Millionen Menschen (20,9 Prozent). Und so schlüsselte das Statistische Bundesamt in einer Mitteilung vom 16. Mai 2023 diesen Wert auf: »14,7% der Bevölkerung waren armutsgefährdet, 6,1% waren von erheblicher materieller und sozialer Entbehrung betroffen, 9,7% der Menschen lebten in einem Haushalt mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung«. Kein Wunder, dass mittlerweile rund 2 Millionen Menschen auf die Lebensmittelausgaben der Tafeln angewiesen sind, mit teilweise bis zu 50-prozentigen Zuwachsraten gegenüber 2022, wie die »junge welt« am 7. Juli meldete.

Oder nehmen wir die jüngste Empfehlung der Mindestlohnkommission, die gegen das Votum der Gewerkschaften die Anhebung des zukünftigen Mindestlohnes auf gerade mal 12,41 Euro je Arbeitsstunde empfohlen hat. Das ist eine Steigerung von geringfügig mehr als 3 Prozent, viel zu wenig, um die Inflationsrate auch nur annähernd auszugleichen. So sind

z. B. die Nahrungsmittel von Mai 2022 bis Mai 2023 um satte 14,9 Prozent teurer geworden. Was unterm Strich bedeutet, dass die sowieso schon gebeutelten Geringverdiener:innen bis zur nächsten Empfehlung der famosen Kommission mit erheblichen Reallohnverlusten kalkulieren müssen. Im aktuellen ARD-»Deutschlandtrend« spielten die Themen Preissteigerungen/Inflation mit 20 Prozent der Befragten eine besorgniserregendere Rolle als die Klima- und Energiepolitik.

Und oben drauf kommt dann noch als Ergebnis des Bundeshaushalts 2024, dass bis auf das Bundesverteidigungsministerium alle Ressorts »Sparbeiträge« erbringen müssen. Ein besonders wichtiges Projekt – die im Koalitionsvertrag vereinbarte Kindergrundsicherung – dürfte wenigstens teilweise ein Opfer dieser Haushaltspolitik werden. Familienministerin Lisa Paus (GRÜNE) hatte zunächst ab 2025 rund 12 Mrd. Euro veranschlagt, sie wird wohl mit lediglich 2 Mrd. auskommen müssen (www.nd-aktuell.de/artikel/1174578.kindergrundsicherung-kindergrundsicherung-mehr-hilfen-fuer-die-aermsten.html). Die Liste der Kürzungen im Sozialbereich ist lang: Für die Pflege 1 Mrd. Euro weniger, die BAföG-Mittel werden um 400 Mio. gesenkt, die Halbierung des »Startchancenprogramms« um eine halbe Milliarde, das Budget für den Ausbau der Radwege wird um 30 Prozent gekürzt usw. – ausführlich berichtete darüber unter der Überschrift »Die Rotstift-Koalition« die »taz« am 8. Juli.



DIE LINKE reagiert nun auf diese schreiende Ungerechtigkeit – hier schnell wachsender Reichtum von Einzelnen, dort Reallohnverluste von Vielen und ansteigende Armut bei einem erheblichen Teil der Bevölkerung – und betreibt seit Kurzem eine Umsteuern-Kampagne, von der auch in Hamburg zu hören sein wird. Wir nehmen hier ein Flugblatt auf, in dem das Anliegen rechtzeitig zum 1. Mai auf den Punkt gebracht wurde.



Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten! Deshalb: Löhne hoch, Preise runter, Reichtum umverteilen!

Die Preise explodieren: Obst, Gemüse, Milch und Brot werden immer teurer. Viele wissen nicht, wie sie die nächste Stromrechnung bezahlen sollen. Energiekonzerne und Supermarktketten hingegen machen Milliarden-Profit. Die Deutsche Börse meldet neue Rekorde. In diesem Jahr werden Konzerne so hohe Dividenden ausschütten wie nie zuvor – fast 60 Milliarden Euro! Die Reichen werden reicher, während die Inflation die Gehälter der Beschäftigten auffrisst. Weil Reichtum kaum besteuert wird, öffnet sich die soziale Schere weiter.

Das Geld der Reichen fließt in Immobilien. Sie kaufen Häuser und Wohnungen und treiben die Mietpreise weiter in die Höhe. Auch hier zahlen die Beschäftigten mit übersteuerten Mieten für das Luxusleben einer abgehobenen Elite aus Millionären, die ihre Kinder an Privatschulen schicken.

Die öffentlichen Schulen hingegen verfallen zusehends. Es fehlt an Geld für dringend benötigte Reparaturen. Bundesweit müssten mehr als 45 Milliarden Euro in die Schulen investiert werden, um die Gebäude zu erhalten. Zudem fehlen zehntausende Lehrkräfte. Unterrichtsausfälle und überfüllte Klassen sind die Folge dieser Umverteilung von unten nach oben.

Die Reichen investieren auch in Alten- und Pflegeheime, die längst zu Goldgruben mutiert sind – ältere Menschen und Pflegekräfte bezahlen für die Rendite. Auch viele Krankenhäuser gehören nun Konzernen und müssen Gewinne abwerfen. Weil die Reichen Profite sehen wollen, müssen Geburts- und Kinderstationen schließen.

Überall fehlt Personal. Viele beklagen den »Fachkräftemangel«, aber nur wenige sprechen das wirkliche Problem an: Die Fachkräfte sind überlastet und verdienen zu wenig Geld! Der Stress in unserem Alltag hat System: Niedrige Löhne und unbezahlte Überstunden erhöhen die Profite.

Wir sagen: Geld ist genug da, es ist nur ungerecht verteilt!

DIE LINKE sagt Ja zu Wohnungen, die ein Zuhause sind – und nicht der Rendite dienen. Ja zu Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, in denen das Wohl der Patient*innen an erster Stelle steht – nicht der Profit. Ja zu einem guten und kostenfreien ÖPNV, zu einem Klima-Job-Programm für eine Million tariflich abgesicherter Arbeitsplätze – nicht zu größerem Reichtum der Auto-Konzerne.

DIE LINKE fordert:

■ **Superreiche und Konzerne gerecht besteuern!** Die Vermögensteuer muss wieder eingeführt werden. Wir wollen eine einmalige Abgabe auf Vermögen über zwei Millionen Euro erheben, um damit die Kosten der Krise zu bezahlen.

■ **Krisengewinne abschöpfen!** Die Extraprofite der Rüstungskonzerne und Energieunternehmen müssen zum Wohl der Allgemeinheit eingesetzt werden.

■ **Menschen entlasten!** Die Löhne müssen steigen und so die Inflation ausgleichen. Das Bürgergeld muss um 200 Euro angehoben werden. Menschen mit geringem Einkommen sollen ein monatliches Inflationsgeld bekommen: 125 Euro für jeden Haushalt plus 50 Euro für jede weitere Person im Haushalt.



Parteivorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel. 030/24009-999, Redaktionsschluss 27.03.2023
kontakt@die-linke.de, www.die-linke.de
V.i.S.d.P. Tobias Bank

Unhaltbare Zustände im Kinder- und Jugendnotdienst! (2. Teil)

Von Sabine Boeddinghaus und Karen Polzin

Wir setzen mit dem nachfolgenden Beitrag die Ausführungen aus dem letzten »Bürger:innenbrief« vom 23. Juni fort. Dieser zweite ist zugleich der letzte Teil.

Nach wie vor: Missstände und Überfüllung im KJND

Auch unsere neuen Anfragen zur Lage im Kinder- und Jugendnotdienst (KJND) lassen uns weiter um das Wohl der dort untergebrachten, schutzbedürftigen Kinder und Jugendlichen besorgt sein, egal ob sie hier aufgewachsen, oder unbegleitet hierher geflüchtet sind. Mittlerweile wurden auf dem Gelände sogenannte mobile Wohneinheiten, sprich Container mit bis zu 54 Betten bei 4er-Belegung aufgestellt. Die mittlerweile wieder geleerte Mehrzweckhalle kann laut Senat wieder für selbstständig betriebene Sportspiele genutzt werden (Drs. 22/11693).

In der Januarsitzung des Familienausschusses wurden verschiedene Maßnahmen zur Entlastung genannt, die bereits angelaufen oder in Planung seien, um die Folgen der Überbelegung vor Ort abzumildern. Dazu zählen: »Intensivierung der Kooperation mit den Häusern der Jugend in Hamburg-Nord beginnend ab 2023, Ergänzende Angebote von Trägern der Jugendhilfe vor Ort (Sprache, Sport) – im Aufbau, Verbesserung der Ausstattung (Beschäftigungsmöglichkeiten) – in Planung, Anmietung einer größeren Fläche in der Nähe des KJND zur Umsetzung eines Schulprojekts (bis zur Einschulung in Regelangebote) – in Planung« (Drs. 22/11070).

Ende Mai 2023 fragten wir jeweils nach dem aktuellen Stand. Die Antworten waren ernüchternd und lassen leider bislang keine wesentlichen Entlastungen erkennen. Wenn möglich, so erläuterte der Senat auf Nachfrage (Drs. 22/11871), würden Mitarbeitende des KJND temporär Sport und Freizeitangebote auf dem Gelände oder in der Mehrzweckhalle anbieten. Die Gründe, dass hier nichts regelhaft angeboten wird, bewegen sich im fast schon üblichen, für die Fachkräfte und jungen Menschen jedoch bitteren Dreiklang: Fachkräftemangel, krankheitsbedingte Ausfälle und eine aktuell hohe Belegung. Eine Akquise geeigneter Honorarkräfte sei »nicht einfach«. Extern angefragte Anbieter hätten sich nicht zurückgemeldet oder »keine Kapazitäten von qualifizierten Mitarbeitenden«. Unklar bleibt hier, inwieweit die Fachkräfte überhaupt die Möglichkeit haben, Akquise zu betreiben und welche Konditionen den angefragten Akteur:innen geboten werden. In konkreter Vorbereitung scheint ein Schulungs- und PC-Angebot in einem frei stehenden Container. Eine Realisierung scheint nur noch davon abzuhängen, ob die angefragte Interessengruppenleiterin zusagt.

Eine intensivere Zusammenarbeit des KJND mit Häusern der Jugend in Hamburg Nord scheitert am bereits benannten Dreiklang. »Eine umfängliche Kooperation ist seitens des KJND aktuell nicht möglich [...]. Die Jugendlichen werden über die generellen Angebote der Häuser der Jugend informiert und es werden, wenn bekannt, auch einzelne An-



(Fotos: Pixabay)

gebote vorgeschlagen und beworben. Eine aktive Begleitung der Jugendlichen ist nur in Ausnahmefällen möglich.« (Drs. 22/11871). Nur die Kinder und Jugendlichen, die bereits ganztägig eine Schule besuchen oder den Weg in eine Einrichtung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit finden, können fachlich gesichert in der Woche Freizeitangebote nutzen. Das Schulprojekt entpuppt sich als ein »Pilotprojekt, das den Übergang von Schule in den Beruf für junge Volljährige unterstützt.« (22/11871). Frühestens im September dieses Jahres werden junge Volljährige dies nutzen können, wenn alles nach Plan läuft.

Junge, schutzbedürftige Menschen müssen nach wie vor teils monatelang im immer noch überfüllten KJND ausharren, wobei das Außengelände nun nur noch eingeschränkt nutzbar ist. Sie erhalten dann nicht mal annähernd ausreichend pädagogisch begleitete Angebote mit Bewegung, Freizeitgestaltung, Sport und informellem Lernen. Dabei sind dies alles in der offenen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen bewährte Ansätze und Angebote. So kann situativ, spielerisch und niedrigschwellig pädagogisch gewirkt werden. Und: Es sind unerlässliche Momente der Freude und Entspannung trotz leidvoller Erfahrungen und ungewisser Perspektive.

Überlastung der Fachkräfte und der jungen Menschen

Für bedarfsgerechte Angebote und Betreuung haben die engagierten Fachkräfte angesichts eigener Überlastung und wegen Ausfällen durch Erkrankungen und Personalfuktuation allerdings auch keine reelle Chance. Für das Jahr 2022 lagen bis September 34 Überlastungsanzeigen der pädagogischen Fachkräfte im KJND. Davon entfielen 15 auf den Ambulanten Notdienst. Seit September 2022 bis zum 28. April 2023 liegen 18 Überlastungsanzeigen aus dem KJND vor.



Noch dazu endete das Jahr 2022 mit 341 »besonderen Vorkommnissen«. Hierunter fallen 128-mal ein »Entlaufen« der Kinder und Jugendlichen, eine wenig verwunderliche Reaktion angesichts der Zustände im KJND. In 2022 werden im KJND insgesamt 85 Polizeieinsätze aufgrund unterschiedlicher »besonderer Vorkommnisse« verzeichnet.

Ende April 2023 werden »erst« 35 »besondere Vorkommnisse« verzeichnet (Drs. 22/11693), darunter sind sechs aufgrund von Körperverletzung. Mehrfach wurden »Besondere Vorkommnisse« wegen Körperverletzung, bei denen ein betreuer junger Mensch das Opfer ist, gelistet sowie neun aufgrund einer meldepflichtigen Krankheit. Mit der Anzahl von 17 sind gut die Hälfte der 35 »besonderen Vorkommnisse« allerdings bereits von Polizeieinsätzen begleitet. Die Polizei rückt nun nicht aufgrund einer meldepflichtigen Krankheit an, sondern aufgrund von Alkohol- und Drogenmissbrauch, Diebstahl, Einbruch, Körperverletzungen (darunter auch betreute Kinder und Jugendliche als Opfer), Übergriffen auf Betreuer:innen und Suizidversuch(en).

Schlussfolgerungen und Forderungen

Aus sozialpolitischer Perspektive ist die Entwicklung mit Blick auf die Lebenslagen von Familien und Folgen von Krisen hierzulande und weltweit generell höchst bedenklich und erfordert grundlegende politische Veränderungen. Ein nicht hinzunehmender Auswuchs jetziger Politik zeigt sich

deutlich in einer Überbelegung im KJND aufgrund der vielen Inobhutnahmen hier aufgewachsener und unbegleitet hierher geflüchteter Kinder und Jugendlichen.

Die soziale Infrastruktur und auch der KJND müssen grundlegend anders gestaltet werden. Im Sinne des Kindeswohls der dort untergebrachten Kinder und Jugendlichen und der Sicherung ihrer Rechte muss hier schnellstmöglich Abhilfe geschaffen werden. Auch zur Entlastung und zum Erhalt der Gesundheit der dort tätigen Fachkräfte braucht es zeitnahe Hilfe. Darauf haben wir oft hingewiesen und mit konstruktiven Vorschlägen verbunden.

Wir haben den Senat bereits 2022 aufgefordert, kurzfristig gemeinsam Lösungen zu entwickeln und dafür rasch eine Krisenkonferenz mit Teilnehmenden aus Behörde und von Wohlfahrtsverbänden einzuberufen. Auch Vertreter:innen von freien und öffentlichen Trägern aus den verschiedenen Arbeitsfeldern Sozialer Arbeit, wie den Hilfen zur Erziehung und der Familienförderung, sollten hamburgweit hinzukommen. Gemeinsam hätten so kurzfristige Lösungen im Sinne der Bedürfnisse und Rechte der Kinder und Jugendlichen und zur Entlastung der Fachkräfte im KJND entwickelt werden können. Wichtig wäre dabei, dass alle gemeinsam konstruktiv, unbürokratisch und flexibel agieren.

Langfristig ist der KJND neu zu konzipieren und auch seine Dezentralisierung nicht von vornherein wegzuweisen, wie es der Senat aus ökonomischen Gründen tut. Im Gegenteil, diese Option muss aus unserer Sicht dringend fachlich und politisch diskutiert und durchdacht werden. Dadurch könnte auch vorhandene soziale Infrastruktur besser genutzt werden. Reicht diese nicht aus, müssen auch hier endlich niedrigschwellige, für Kinder und Jugendliche gut erreichbare Angebote ausgebaut werden. Ein »Weiter so« ist ein Irrweg zulasten der engagierten Fachkräfte und der schutzbedürftigen Kinder und Jugendlichen.



Die Abschottung Europas kostet immer mehr Menschen das Leben!

110 Millionen Menschen sind mittlerweile auf der Flucht, so viele wie niemals zuvor. Nahezu hilflos nehmen wir die quasi wöchentlich eingehenden Meldungen über ein weiteres untergegangenes Flüchtlingsboot zur Kenntnis. Gerade erst sind bis zu 700 Menschen vor Griechenland ertrunken, da werden vor den Kanaren drei Boote mit 300 Westafrikaner:innen vermisst. Wir drucken einen jüngst von diversen Hamburger Gruppen unterzeichneten Appell zur gegenwärtigen Lage ab.

Wir fordern:

- **Keine Kompromisse bei Menschenrechten!**
- **Gleiche Rechte für alle Schutzsuchenden!**
- **Kein weiterer Abbau von Flüchtlingsrechten in Europa!**

Am 26. Mai 2023 feierte Deutschland ein trauriges Jubiläum – 30 Jahre Asylrechtsverschärfung. 1993 schränkte der Bundestag auf Betreiben der CDU/FDP-Regierung das Asylrecht drastisch ein. Auch die Mehrheit der SPD-Fraktion wollte die Zahl Schutzsuchender reduzieren und stimmte zu. Drei Tage später starben beim rassistischen Brandanschlag in Solingen fünf aus der Türkei stammende Frauen und Männer.

2023 – 30 Jahre später – sind EU und deutsche Regierung dabei, dem deutschen und europäischen Asylsystem und den Rechten der mit Ziel Deutschland fliehenden Menschen den Todesstoß zu versetzen. Das werden wir nicht hinnehmen! Wir rufen zur entschlossenen Verteidigung der Menschenrechte auf!

Trotz massiver Proteste aus der Zivilgesellschaft und den Parteien, trotz einer Aufforderung von mehr als 50 Organisationen an die Bundesregierung zur Abkehr von ihrem Beschluss, die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) zu unterstützen, wurde beim Treffen der EU-Innenminister*innen am 8. Juni 2023 diese gravierende Deformation des EU-Asylrechts beschlossen. Die Regierung hat mit ihrer Zustimmung den eigenen Koalitionsvertrag gebrochen. Innenministerin Faeser (SPD) nannte die Einigung stolz »historisch«. In der Tat: Die erzielten »Kompromisse« auf Kosten der Schutzsuchenden sind ein historischer Rückschritt für den Flüchtlingsschutz! Sie werden schwerwiegende Folgen haben: Unter anderem wurde beschlossen, verpflichtende Grenzverfahren einzuführen, das Konzept der »sicheren Drittstaaten« zu verschärfen und das »Dublin-System« zu modifizieren. Die EU-Minister machen damit das Asylrecht zum Ausnahmerecht, das nur noch ganz wenige in Anspruch nehmen können:

1. Massiv erschwerter Zugang zum EU-Asylsystem durch Sperrung der Fluchtwege

Die bisher schon unmenschliche Zurückweisung von flüchtenden Menschen an den EU-Grenzen unter Beteiligung der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX wird besonders im Mit-



telmeer intensiviert. EU-Staaten legalisieren die gegen EU-Recht verstoßenden Pushbacks. Rettungsschiffe werden durch absurde Schikanen daran gehindert, Leben zu retten. Es werden sogar die Verbrecher der »Libyschen Küstenwache« bei der mörderischen Jagd auf Flüchtende unterstützt und finanziert.

2. Das Prinzip der »sicheren Drittstaaten« und »sicheren Herkunftsländer«

Das Konzept der sogenannten »sicheren Drittstaaten«, also Rückschiebung in Staaten, die Flüchtende auf ihrer Flucht passiert haben, und die als »sicher« erklärt wurden, dient dazu, die Verantwortung von EU-Staaten für die Aufnahme von Flüchtlingen auszulagern. So werden in Griechenland z.B. Anträge von syrischen, afghanischen und weiteren Asylsuchenden als »unzulässig« abgelehnt, weil die Türkei für sie sicher sei – obwohl diese massiv nach Afghanistan und auch nach Syrien abschiebt.

Dieses Konzept wurde schon vor 30 Jahren ins deutsche Asylrecht eingeführt und ergänzt durch das Prinzip der »sicheren Herkunftsstaaten«. Nach diesem Prinzip werden

Asylanträge von Menschen aus Staaten, die von Deutschen Behörden als »sicher« eingestuft wurden, von vornherein als unbegründet abgelehnt. Die Liste dieser Staaten soll nun noch ausgeweitet werden.

3. Internierungslager in EU-Nachbarstaaten und Asylverfahren an den Außengrenzen

Geplant ist, Flüchtende in geschlossenen Lagern an der EU-Außengrenze oder in EU-Nachbarstaaten wie Tunesien zu internieren. Befinden sich die Lager auf EU-Territorium, wird so getan, als wenn sie nicht eingereist wären, ihr Asylantrag wird im Eilverfahren geprüft (wobei nicht Fluchtgrund, sondern Herkunft und Fluchtweg geprüft werden). Bis zu zwölf Wochen soll diese »Vorprüfung« und Internierung dauern. Und die allermeisten werden dann abgeschoben. Betroffenen wird die Möglichkeit genommen, sich rechtlich beraten zu lassen, sie werden von der Außenwelt abgeschirmt. Nicht einmal Familien mit Kindern werden von den verpflichtenden Grenzverfahren ausgenommen – selbst diesem Überschreiten roter Linien hat die Bundesregierung zugestimmt und damit vor den Forderungen der EU-Länder mit rechten Regierungen kapituliert.

4. Modifizierte Fortführung der »Dublin-Verordnung«

Die unfairen Zuständigkeitsregelungen der Dublin-Verordnung werden im Prinzip beibehalten. Das gilt insbesondere für das Ersteinreise-Kriterium, nach dem der EU-Staat, in dem ein Geflüchteter zuerst europäischen Boden betreten hat, für sein Asylverfahren zuständig ist. Bisher konnten Menschen aus zentraleuropäischen Staaten wie der BRD innerhalb von sechs Monaten in den Ankunftsstaat zurück-geschoben werden. Das geht vor allem zulasten der Schutzsuchenden, die lange auf die Prüfung ihres Asylantrags in der EU warten müssen. Nun wurde beschlossen, dass die Schutzsuchenden (nach der bis zu zwölfwöchigen »Vorprüfung« an der Außengrenze) paritätisch auf die EU-Staaten verteilt werden sollen. Aber die unwilligen Mitgliedsstaaten müssen – trotz der viel beschworenen Solidarität – auch zukünftig keine Flüchtlinge aufnehmen. Stattdessen können sie Geld zahlen, mit dem Grenzsicherungsmaßnahmen finanziert werden: 22.000 Euro »kostet« jeder Mensch auf der Flucht, den sie nicht aufnehmen wollen! So bekommt der Ausverkauf der Menschenrechte eine buchstäbliche Bedeutung.

Diese Liste der Schabigkeiten gegenüber Menschen, die sich auf der Flucht nach Europa befinden, wird der Öffentlichkeit auch noch als Lösung der Probleme der deutschen Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung geflüchteter Personen verkauft! Dabei wird seit einem Jahr mit der Umsetzung der EU-Richtlinie zur Aufnahme der Kriegsgeflüchteten aus der Ukraine bewiesen, dass es auch anders, nämlich menschlicher geht. Doch statt diese EU-Richtlinie auf ALLE geflüchteten Menschen in der EU anzuwenden, werden Geflüchtete ohne ukrainischen Pass diskriminiert. Auch das werden wir niemals akzeptieren!

Noch sind die Beschlüsse nicht Gesetz: Der EU-Rat und das EU-Parlament müssen noch zustimmen.



Wir appellieren an EU-Rat und EU-Parlament, ihrer humanitären Verantwortung gerecht zu werden, sowie an die Bundesregierung, den eigenen Koalitionsvertrag ernst zu nehmen:

- ❶ Für menschenwürdige und faire Asylverfahren: Keine verpflichtenden Grenzverfahren an den EU-Außengrenzen!
- ❷ Weg mit dem Drittstaats-Prinzip! Keine neuen »sicheren Drittstaaten«!
- ❸ Für echte Solidarität in der Flüchtlingsaufnahme: Keine Weiterführung des gescheiterten Dublin-Systems!
- ❹ Keine Behinderung der Seenotrettung!
- ❺ Sichere Fluchtwege nach Europa!
- ❻ Gleiche Rechte für ALLE Schutzsuchenden nach dem Vorbild der Behandlung Geflüchteter mit ukrainischem Pass!

Appell der Hamburger Gruppen oder Organisationen: Amnesty International + Bergedorfer Bündnis gegen Rechts + Bunte Hände + Deutsch-syrische Hilfsvereine + DFG-VK + DIDF + DIE LINKE + Flüchtlingsrat + Freie Deutsch-Syrische Gesellschaft + GEW LV HH + hamburgasyl – AG Kirchl. Flüchtlingsarbeit + Hamburger Bündnis gegen Rechts + Hamburger Hilfskonvois + NINA women IN Action + OMAS GEGEN RECHTS + Piratenpartei + Refugee Law Clinic, Uni HH + Right to Resist Ukraine + RESQSHIP + Sea-Watch + Solidarische Stadt HH + VVN-BdA + WillkommensKulturHaus Ottensen + Wir für Niendorf.





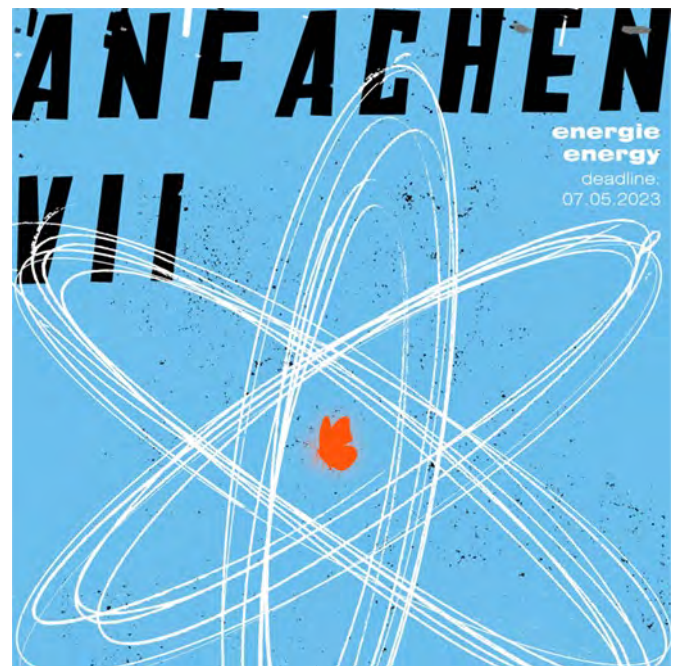
Plakatreihe auf der Kennedybrücke (alle Fotos: Michael Joho)

Internationale Plakatausstellung am Straßenrand

Gänzlich kostenfrei, aber sehr animierend stellt sich den Fußgänger:innen eine Plakataktion dar, die gegenwärtig an verschiedenen Orten den öffentlichen Raum bereichert. Auf dem Hachmannplatz und der Kennedybrücke, neben der Kunsthalle und der Reesendambrücke, auf dem Jungfernstieg und der Reeperbahn werden unter dem Motto »Anfachen Award VII« bis auf Weiteres Plakate gezeigt, die dem Komplex Energievergeudung und alternativer Energieumgang gewidmet sind. Insgesamt 25 Motive werden ausgestellt, genau diejenigen Plakate, die aus insgesamt 537 Einreichungen aus 39 Ländern von einer internationalen Jury unter der Schirmherrschaft von Klaus Staeck ausgewählt und nunmehr prämiert werden. Die Siegerplakate sind in Hamburg seit dem 28. Juni zu sehen, ab August werden sie dann weltweit zu sehen sein.

Das deutsche Jury-Mitglied 2xGoldstein zeigt sich von den Beiträgen sehr angetan: »Dass Aktivismus im Plakat immer wieder sein visuelles Äquivalent findet, lässt sich auch dieses Jahr wieder an den Einreichungen des Anfachen Awards feststellen. Die Auswahl der 25 Plakate zeigt auf eindrucksvolle Weise, was Gestalter:innen weltweit zum Thema Energie zu sagen haben.«

Wir haben einige der Plakate in diesem »Bürger:innenbrief« aufgenommen. Wer sie alle in Originalgröße betrachten möchte geht zu den oben angegebenen Orten. Und wer sich für die Hintergründe interessiert schaut hier: www.anfachenaward.de/. ♦



Plakat zur Ankündigung des VII. Anfachen-Awards 2023

Mit diesem Bürger:innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger:innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg